

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 8 gespaltene Zeilen 40 Pfg. Telefon Nr. 635

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Ein Meienkampf ist im Baugewerbe entbrannt. In allen Teilen Deutschlands sind

#### Tausende von Bauarbeitern ausgesperrt.

Es soll ein Entscheidungskampf ausgetragen werden, auf den die Scharfmacher unter den deutschen Bauunternehmern seit Jahren hingearbeitet haben. Sie geben zwar an, Tarifverträge zu wollen, erstreben aber nur solche, die den einseitigen Interessen der Unternehmer entsprechend ausgestaltet werden sollen. Den Bauarbeiterorganisationen soll nicht nur jedweder Einfluß auf die Lohn- oder Arbeitsverträge (ob Lohn- oder Arbeitsverträge) und auf die Gestaltung der Arbeitspreise entzogen werden, sondern man mütet ihnen selbst zu, den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis anzuerkennen.

Solche Tarifverträge würden für die Arbeiter eine Schale ohne Kern bedeuten. Durch sie würde den Arbeitern bei jeder Konjunktur die Bewegungsfreiheit vollständig unterbunden, der Unternehmerwillkür dagegen bei schlechtem Geschäftsgang Tür und Tor geöffnet werden. Gegen Tarifverträge solchen Inhalts bleibt den Arbeitern nur die schärfste Abwehr übrig.

Dieser Kampf im Baugewerbe ist für die gesamte Arbeiterschaft von der größten Bedeutung. Trotzdem die Bauunternehmer mit ihren einseitigen Forderungen gegenüber den Arbeitern im Unrecht sind — in der Tagespresse wird dies, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, — erkannte nicht nur der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände das Vorgehen der Bauunternehmer als berechtigt an, sondern es soll auch die deutsche und besonders die

#### rheinisch-westfälische Großindustrie

den Bauunternehmern weitgehende Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Ferner arbeiten die Scharfmacher des Baugewerbes mit den verwerf-

lichen Mitteln, um die bisher vermehrte Einigkeit im Unternehmerlager herzustellen: durch die Materialsperrung sollen diejenigen Unternehmer, die sich zum offensichtlichsten Unrecht nicht herbeiließen, zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen werden. Ein bekanntes Unternehmerorgan meinte endlich:

22 000 Arbeitgeber könnten es länger aushalten, wie 300 000 Arbeiter.

Kollegen und Kolleginnen! Soll die Arbeiterschaft der übrigen Berufe diesen bedeutamen Vorkängen teilnahmslos zusehen? Nein! Das bliese die Tragweite des Kampfes vollständig verkennen! Es entsteht vielmehr für die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft die Verpflichtung, die christlichen Bauarbeiter in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe nach Kräften zu unterstützen! Der Kampf wird sich über viele Monate hinziehen, wenn nicht im Unternehmerlager die regelmäßig und vernünftig denkenden über die Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Wir haben uns also auf einen langen Kampf vorzubereiten.

#### Kollegen und Kolleginnen!

In zahlreichen Fällen habt Ihr Euer Solidaritätsgefühl glänzend bekundet. Da noch in Arbeit stehenden christlichen Bauarbeiter sind Euch mit gutem Beispiel voran gegangen. Sie führen während der ganzen Dauer des Kampfes täglich bis zu 1 Mark an die Streikkasse ab zur Unterstützung ihrer ausgesperrten Kameraden. Auch die Kollegen der übrigen Berufe werden, davon sind wir überzeugt, nach Kräften zur Durchführung dieses gewaltigen Kampfes beisteuern. Die Pläne des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und seiner Hintermänner müssen auch im Interesse der übrigen Arbeiterschaft eine entschiedene Zurückweisung erfahren.

#### Hoch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiter!

### Der Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

NB. Die Sammelisten werden gleichzeitig mit Veröffentlichung des Aufrufes versandt. Alle Geldsendungen sind zu richten an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, H. Stegerwald, K.B.u., Palmstraße 14.

### Zur moralischen Bewertung des Streikbruchs und der Arbeitswilligen.

Eine Erwiderung von Prof. Dr. Adolf Weber.\*)

Mit einem Worte des Dankes möchte ich beginnen dafür, daß Dr. F. Imle wenigstens den Versuch gemacht hat, mich zu verstehen und daß sie, abgesehen von einem verstimmten Einleitungsakkoord, streng innerhalb der Grenzen geblieben ist, die auch bei Ausföchtung von Meinungsverschiedenheiten innegehalten werden sollten.

Leider hat die verehrte Kritikerin teilweise „an mir vorbeigeredet“, zunächst wohl deshalb, weil sie meint — schon der Titel zeigt es —, daß ich als „Moralist“, als „Spezialethiker“ über das Problem der Arbeitswilligen gesprochen habe. Ich bin Nationalökonom und als solcher habe ich erst ganz kürzlich in einer besonderen Schrift betont, daß es nicht Aufgabe der Nationalökonomie sei, irgend einen Vorgehensweg im wirtschaftlichen oder sozialen Leben „moralisch“ zu würdigen. In meinem Vortrag untersuchte ich lediglich, ob die generelle Verurteilung der Arbeitswilligen vom Standpunkte 1. der Demokratie, 2. der Gewerkschaftspraxis, 3. der Sozialreform consequent und zweckmäßig sei. Dr. F. Imle irrt ferner, wenn sie Möglichkeiten, die wohl manchmal, meinerwegen häufig mit dem Tatsbestand der Arbeitswilligkeit verbunden sein können, offenbar in die Begriffsbestimmung mit hineinzuziehen sucht. „Arbeitswillig“ ist derjenige, der bei der Arbeit bleibt, obwohl die Kollegen im Streik sind. Es handelt sich also um bloßen Indifferentismus wäh-

rend des Kampfes, davon unterscheide ich — in Übereinstimmung u. a. mit Bernstein — aktiven Streikbruch, der den Tatsbestand der Arbeitswilligkeit dadurch erweitert, daß ein Kollege „sich in die Arbeitsstelle eines anderen während des Streiks hineinbrängt“ (Bernstein), davon unterscheide ich aber ferner auch den „Gewerkschaftsdelinquenten“, der bewußt die Satzungen der Organisation bricht, der er vorher freiwillig beigetreten ist, etwa dadurch, daß er sich einem Mehrheitsbeschluß nicht unterwirft. Nur mit den eigentlich „Arbeitswilligen“ haben wir es hier zu tun.

Erstens meinte ich, daß die generelle Verurteilung der Arbeitswilligen einem demokratischen Grundsatz erster Ordnung widerspricht: „Kämpfe zwar gegen die fremde Meinung, aber respektiere sie!“ Fr. Imle sagt allerdings den Begriff Demokratie anders als er m. E. gefaßt werden muß; sie meint Demokratie bezeichne die Herrschaft der Mehrheit innerhalb des Volkes, ohne Beachtung sozialer oder ökonomischer oder gar persönlicher Verschiedenheiten. Das ist m. E. eine sehr bedenkliche Auffassung. Was daran auszusetzen ist, hat gelegentlich einmal recht verständig der Sozialdemokrat Ed. Fischer zum Ausdruck gebracht: „Für Demokratie gehört nicht nur das Recht der Mehrheit, sondern auch das Recht und die Sicherheit der Minoritäten“. Fischer macht sich dabei ein Wort Franz Liebers zu eigen: „Der Mangel an Duldung ist das Schandmal der Willkürherrschaft, das Besitzen einer Gegenpartei der Ruhm der Freiheit, . . . der Zwingherr, sei er einer oder eine Volksmasse, nennt jeden „Reger“, der anders denkt oder fühlt.“ (Soz. Monatsh. 1904, Bd. 1.) — Aber auch selbst, wenn F. Imle, die christliche Demokratie den Begriff Demokratie nicht so weitherzig faßt wie der Sozialdemokrat, muß sie doch meiner ersten These faktisch zustimmen; denn sie sagt selbst:

1. „Keine Gewerkschaft hat das mindeste Recht ihre Beschlüsse als allgemeines Gesetz proklamieren

zu wollen“, daraus folgt doch wohl, daß die außerhalb der betr. Gewerkschaft stehenden Arbeitswilligen respektiert werden müssen, und das ist die ganz überwiegende Mehrzahl.

2. „Ein legitim demokratisch beschlossener Streik verpflichtet zur solidarischen Unterstützung“; ich halte dem das gegenüber, was vor einigen Jahren der bekannte sozialdemokratische Arbeiterführer Beimpeters sagte: „Die Methode, wie heute die Streiks erklärt und durchgeführt werden, erscheint grundverkehrt. Bei uns entscheidet die Masse in öffentlicher Versammlung, oft gegen die Wünsche der Organisationsleiter.“ (Soz. Monatsh. 1906, Bd. 2) Kurz, steht man auf dem Standpunkt der Demokratie (Volks Herrschaft) und nicht auf dem der Oligarchie (Menschen Herrschaft) dann muß man meine erste These acceptieren. — Aus dem schon Gesagten ergibt sich schon von selbst, warum es auch vom Standpunkte der Gewerkschaftspraxis ungewöhnlich ist, die Arbeitswilligen generell zu verurteilen. Heute ist es so, daß durchweg der Streiklustige als der Tapfere, der Arbeitswillige als der Feige gilt. Haltet die Ueberzeugung fest unter den Gewerkschaftsmitgliedern, dann werden die Führer tauben Ohren predigen, wenn sie gestört sind, zu beweisen. Übrigens: Verurteilt man allgemein die Arbeitswilligen auf der Arbeiterseite, dann muß man ebenso die Arbeitswilligen auf der Unternehmerseite verurteilen, die „Aussperrungsbrecher“ im Baugewerbe z. B. sind dann consequenterweise ebenso als Sünder gegen die Solidarität zu bezeichnen und zu behandeln, wie die Arbeitswilligen auf der Arbeiterseite.

Am wichtigsten scheint uns die 3. These zu sein, die behauptet, daß die materiellen Erfolge des Streiks in der Regel nicht vom Unternehmer, sondern (etwa ähnlich wie die indirekten Steuern) von der breiten Masse der Konsumenten, insbesondere der Arbeiterschaft selbst getragen werden müssen. Daß Streiks sein können im materieller Güter wegen, habe ich nie bezweifelt, ist also auch kein Beweis

\*) Zu den gleichlautenden Artikeln in den beiden vorhergehenden Nummern erhalten wir von Herrn Professor Dr. Adolf Weber folgende Erwiderung, der wir aus Gründen der Loyalität Raum gewähren, ohne uns mit dem Inhalt der Darlegungen einverstanden zu erklären. Eine eventl. Antwort auf diesen Artikel sei der Verfasserin des ersten Aufsatzes, Fr. Dr. Imle, vorbehalten

gegen meine Behauptung, wie F. Jule anzunehmen scheint. Früher als der sogenannte Verfallstreck noch vorherrschte, konnte man als beachtenswerten Gegenstand anführen, daß der Streik die einzelnen Unternehmer zu besserer Technik, besserer Organisation anzuregen und dadurch verhindert werde, daß die Kosten in Form höherer Preise auf die Konsumenten abgewälzt würden. Heute, wo der Streik auf ganz anderer Basis geführt wird, trifft das, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht mehr zu.

Ich schreibe: Nirgendwo mehr als bei der Volkswirtschaftslehre gilt es, die Theorie immer wieder von neuem zu prüfen an den Tatsachen des Lebens. Tut man das, dann meine ich, wird man — und zwar namentlich auf Seiten der christlichen Gewerkschaften — das Dogma von der Streikflaute einer Revision unterziehen müssen.

Die Aussperrung im Baugewerbe

hat bis jetzt nicht den Umfang angenommen, den sich die Scharfmacher im Arbeitgeberbunde erhofft hatten. Der Wunsch des Arbeitgeberbundes, auf einen Schlag 350 000 Bauarbeiter brotlos zu machen, ist nicht in Erfüllung gegangen. In Berlin ist es durch Schlichtung zur Einigung gekommen und aus den Provinzstädten wird auf der ganzen Linie gemeldet, daß viele Unternehmer dem Arbeitgeberbunde die Gefolgschaft versagen und nicht ausgesperrt haben. Immerhin sind Hunderttausende von Arbeiterfamilien durch den Gewaltakt des Unternehmertums auf Wochen, vielleicht Monate hinaus ihrer Subsistenzmittel beraubt. Die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes sind in einem erheblichen Prozentsatz von der Aussperrung betroffen. Ob es den Scharfmachern gelingen wird, die Aussperrung noch weiter auszuweiten, diese Frage steht noch offen. Sie lassen keine Mittel unberücksichtigt, um das zu erreichen. In einem Rundschreiben des Effener Arbeitgeberbundes heißt es:

„Der Verein wird mit allen Kräften kämpfen gegen solche Mitglieder vorgehen, die da glauben, die gemeinsamen Beschlüsse mißachten zu können.“

Dieser Drohung des Arbeitgeberbundes ist auch bereits die Tat gefolgt. In einer großen Anzahl von Fällen ist über die Unternehmer, die nicht ausgesperrt, die Materialsperrung verhängt worden; andere Unternehmer mußten, weil sie dem Aussperrungsbeschlusse nicht nachkamen, hohe Konventionalstrafen zahlen sowelt von ihnen was zu holen war.

Um die weniger kapitalkräftigen Unternehmer zur Aussperrung zu veranlassen, wurde etliche Tage vor der Aussperrung die Nachricht von den 5 Millionen die die Großindustriellen und das Kohlenyndikat zur Verfügung gestellt hätten, seitens des Arbeitgeberbundes in die Presse lanciert.

Inzwischen ist ja diese Werbung bemerkt worden. Damit ist aber noch lange nicht genug, daß die Großindustrie keine finanzielle Hilfe gewährt. Wahrscheinlich ist, daß sich jene Kreise nur mit ihren Unterstüßungen im Hintergrunde halten, um in der Öffentlichkeit nicht als die eigentlichen Kulissenhändler bei der Aussperrung angesehen zu werden. Mit jedem Tage zeigt sich aber deutlicher, daß es doch so ist. Am 19. April d. J. tagte in Berlin die Ausschußsitzung des „Verbands Deutscher Arbeitgeberverbände“, die die weitgehendste Unterstüßung des „Deutschen Arbeitgeberbundes“ für das Baugewerbe“ beschlossen hat. Danach sollen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände 1. keine ausgesperrten Arbeiter einstellen, 2. soll die Frist der Fertigstellung der Bauten um die Dauer der Aussperrung verlängert werden, 3. sollen die Mitglieder, die Bauarbeiter in eigener Regie beschäftigen, diese auch aussperrn. Zur finanziellen Unterstüßung wurde beschlossen: „...einen Unterstüßungsfonds zu schaffen. Der Ausschuss beschließt, die Mitgliedsfirmen unter Mitwirkung der betreffenden Bezirks- und Ortsverbände dringend zu bitten, zu diesem Fond 1 Mark pro 1000 Mark der 1909 gezahlten Jahreslohnsumme beizusteuern. Zahlungen sollen gerichtet werden an die zuständigen Bezirks- und Ortsverbände, welche die eingehenden Gelder unverzüglich an die Deutsche Bank, Depositenkassa C., Berlin, unter dem Konto: „Unterstüßungsfonds für das Baugewerbe“ weiterzuleiten haben.

Ein entsprechender Aufruf, sich an der finanziellen Unterstüßung zu beteiligen, soll an die Industrie gerichtet werden.

Die Sache springt also auf die offen Plätze; die Millionen der Großindustriellen werden in den Unterstüßungsfonds fließen, ob offiziell oder nicht, bleibt sich schließlich ganz gleich.

Die jetzt für die Unternehmer eingeleitete Unterstüßungsaktion wirkt sehr erheitlich, wenn man sich vergewissert, wie die Herren schon genau ausgerechnet haben, daß die 22 000 Unternehmer des Arbeitgeberbundes weniger essen, als die 400 000 Bauarbeiter, die nach dem Willen der Herren brotlos werden sollten, und endlich infolge dessen den Hunger ohne Unterstüßung aushalten könnten wie die Arbeiter.

Wie am 15. April in Berlin versammelten Arbeiter wollten den Kampf solange fortsetzen, bis er ...

Die deutsche Arbeitergewerkschaft schreibt, der Arbeitgeberbund befände sich in der Lage eines „angehenden Beeres“ ein Jurist dürfte es jetzt unter keinen Umständen geben. Alle die Herren handelt es sich um eine Machprobe, für die sie jetzt die günstige Zeit gekommen glauben.

Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an Machtkämpfen. Bei ihr handelt es sich einzig und allein darum, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, wie sie der Stellung, die die Arbeiterschaft im Produktionsprozess einnimmt, entsprechen. Die Arbeiterschaft verlangt bei Abschluß des Arbeitsvertrages als gleichberechtigt an Vertragsschlüssen zu gehen; der Arbeitgeberbund will einseitig die Vertragsbestimmungen diktieren. Das können die Bauarbeiter nicht zugeben und wenn der Kampf noch so schwierig wird. Die Forderungen des Arbeitgeberbundes können aber abgelehrt werden, wenn sich jetzt wo der Arbeitgeberbund pochend auf die ihm gespendeten Millionen, die Ausschüttung der Bauarbeiter vornehmen will, auch die Solidarität und Opferwilligkeit der gesamten Arbeiterschaft sich bewährt.

Jetzt wo der Ruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft ergeht, durch freiwillige Steigerung der Opferwilligkeit den kämpfenden Bauarbeitern finanziell unter die Arme zu greifen, jetzt wird die christliche Arbeiterschaft in erster Linie zeigen müssen, daß das Wort Solidarität bei ihr nicht nur schöne Theorie, sondern praktische Tat bedeutet. An der Einigkeit und dem Opfermut der Deutschen Arbeiter müssen die arbeitseindlichen Pläne des Unternehmertums zu scheitern werden.

Taktik und Maßnahmen der Arbeiterorganisationen

Hierzu macht Herr Professor O. Franke in der „Sozialen Praxis“ folgende Mitteilungen:

Auf der Arbeiterseite schaut es bisher sehr ruhig aus. Die Versammlungen, welche sich mit der Aussperrung befassen, verlaufen meist in würdevoller Ordnung. Allenfalls hat man den Eindruck daß die Arbeiterschaft bestrebt ist, sich die Sympathien der öffentlichen Meinung die nach dem Verlauf der amtlichen Vermittlungsversuche ja ziemlich allgemein sich der Arbeiterfrage zugewandt haben, auch weiterhin zu erhalten. Die Forderungen der Bauarbeiterverbände für die Öffentlichkeit sind von nüchternen Besonnenheit erfüllt und die ständig wiederkehrende Mahnung an die Arbeiter, sich des Alkoholgenusses zu enthalten, ist auch ein Zeichen für das eifrige Bestreben, die zum Müßiggang verdamnten Hunderttausende vor Ausschreitungen und vor Verschärfung ihrer unterworfenen wirtschaftlichen Zwangslage zu bewahren. In München ist betrunkener Bauarbeiter durch ihre Organisation geradezu eine Strafe in Gestalt einer Unterstüßungsentziehung angedroht.

Die Regelung des Unterstüßungswesens und der Ueberwachung der Aussperrten durch ihre Verbände ist überhaupt streng darauf zugeschnitten, die Manneszucht und die wirtschaftliche Ordnung in den Reihen der organisierten Massen, soweit es den Verbänden irgend möglich ist, aufrecht zu erhalten. Die von der Münchener Zimmererzunft erlassenen „Bestimmungen für die Aussperrung“ geben einen lehrreichen Einblick in das Verfahren, wie der Berufsverein seine Mitglieder zu lenken sucht:

„Jedes Mitglied ohne Ausnahme erhält eine Kontrollkarte, mit der sich die Aussperrten täglich in der Zeit von 8-10 Uhr vormittag und von 4-8 Uhr nachmittag im Kontrolllokal zur Abkempfung zu melden haben. Während der Kontrollzeit, den Wachen und den Aussperrungs-Versammlungen darf im Total kein Bier verabfolgt werden. Die Unterstüßung, auch Bekunterstüßung, wird in allen Fällen erst vom 13. Arbeitstage ab gezahlt. Die Höhe der Unterstüßung richtet sich nach dem Stand der Baue und der Zahl der zu Unterstüßenden. Die Unterstüßung gelangt jeden Montag zur Auszahlung. Vorstufung auf die Unterstüßung darf nicht gegeben werden; von der Unterstüßung wird der Verbandsbeitrag in Abzug gebracht; die Mitglieder haben deshalb bei der Auszahlung ihr Mitgliedsbuch mitzubringen. Wer während der oben angegebenen Zeit sich zur Kontrolle nicht meldet, geht für den halben Tag der Unterstüßung verlustig. Ausgenommen sind die von der Kommission abkommandierten Mitglieder.“

„Wer in betrautenem Zustande betroffen wird, geht für einen halben Tag der Unterstüßung verlustig. Wer sich weigert, den Anordnungen der Kommission Folge zu leisten, geht für die Zeit der Weigerung der Unterstüßung verlustig. Unterstüßung wird in allen Fällen nur an solche Mitglieder gezahlt, deren Mitgliedsbuch und Kontrollkarte vollständig in Ordnung sind. Während der Bewegung neu eintretende Mitglieder haben die regelmäßigen Verbandsbeiträge sowie auch alle Exarbeitsbeiträge vom 1. April ds. Jrs. ab nachzuzahlen; sie erhalten in allen Beitragsklassen nur drei Viertel der festgesetzten Unterstüßung. Alle in Arbeit stehenden Mitglieder haben pro Tag 70 Pfg. als Exarbeitsbeitrag zu leisten. Wer sich weigert, diese Beiträge zu leisten, erhält im Falle seiner Aussperrung keine Unterstüßung und geht seiner Rechte verlustig.“

Wie es mit der Aufbringung der Unterstüßungsgelder durch die Mitgliedsfirmen und mit ihrer Verteilung an die Aussperrten gehalten wird, bezeugen weiterhin folgende Beschlüsse des Zentralverbandes der Bauarbeiter:

Alle Mitglieder des Verbandes, die während der Aussperrung in Arbeit stehen, haben pro Tag gerechnet einen Beitrag an die Unterstüßungskassen abzuführen. Er beträgt in der ersten Lohnklasse bis unter 50 Mk. 50 Pfg. in der zweiten Lohnklasse von 50 bis unter 60 Pfg. und steigt bis zu 1 Mark bei einem Stundenlohn von 75 Pfg. und mehr.

Durch Karten werden die Beiträge, welche hauptsächlich zu entrichten sind, in die Legitimationskarte geleistet. Die Gewerkschaftsbeamten werden während der ersten 14 Tage der Aussperrung auf ihre Gehälter verzichtet und dieses an die Unterstüßungskasse abzuführen. Alle Verbandsmitglieder, die in anderen Stellungen tätig sind, sei es als Arbeitersekretäre, sei es als Kasienverwalter (Krankenkassen), sind verpflichtet worden, ebenso zu handeln. Während der weiteren Aussperrung haben sie 25 Proz. ihres Gehalts als Streikbeitrag zu zahlen. — Streikunterstüßung wird während der ersten 14 Tage der Aussperrung nicht gezahlt. Im übrigen richtet sich diese nach der Höhe des Beitrags, nach der Dauer der Mitgliedschaft und dem Familienstand.

Die oberschlesische Eisen- und Stahlgewerkschaft im Jahre 1909.

Durchweg sehr ungünstig lauten die Berichte der von dem oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein soeben herausgegebenen „Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke“ für das Jahr 1909 über die Lage der oberschlesischen Eisenindustrie im vergangenen Jahre. Besonders deutlich kommt dies in den Produktionsziffern der oberschlesischen Hochofenindustrie zum Ausdruck. Während die Gesamtkohleisenproduktion in Deutschland im vergangenen Jahre gegenüber 1908 eine Zunahme von 9,36 Prozent erzielen konnte, zeigt die oberschlesische Hochofenindustrie einen Rückgang von 8,38 Prozent. Demgemäß ist auch der Anteil, den das oberschlesische Revier an der gesamten Kohleisenproduktion in Deutschland im Jahre 1909 zuzurechnen ist, von 7,85 Prozent in 1908 auf 6,58 Prozent im Jahre 1909 zurückgegangen. Von den 86 in Oberschlesien vorhandenen Hochofen waren in 1909 nur 27 im Betriebe. Im einzelnen gestaltete sich die oberschlesische Hochofenproduktion in 1909 wie folgt:

Table with 3 columns: Product Name, Quantity, and Unit. Items include Bessemer-Roh Eisen, Thomas-Roh Eisen, Stahl Eisen und Spiegeleisen, mangan, Ferrolegierung, and Kuppel-Roh Eisen.

Der Geldwert der Hochofenproduktion betrug im Jahre 1909 52 418 823 Mk., im Jahre 1908 59 827 800 Mk.

Table showing the consumption of pig iron materials in 1909 and 1908. Items include Eisen Erz, Mangan Erz, Schwefelkiesabfälle, Schlacken und Sinter aller Art, etc.

An der Lieferung von Schmelzmaterialien für das oberschlesische Revier war das Ausland wiederum in ganz überwiegendem Maße beteiligt. Speziell von den Eisenerzen kamen aus Oberschlesien 319 692 T., aus dem übrigen Deutschland 98 206 T., aus dem Ausland 542 474 T. ...

Die eigene Erzförderung des oberschlesischen Reviers, welche seinerzeit die hauptsächlichste Veranlassung war, daß in Oberschlesien überhaupt eine Eisenindustrie gegründet wurde, geht von Jahr zu Jahr zurück. Sie betrug im Jahre 1909 nur noch 233 268 T., d. h. gegen 1908 weniger 80 377 T., d. h. 11,5 %.

Die eigene Erzförderung des oberschlesischen Reviers, welche seinerzeit die hauptsächlichste Veranlassung war, daß in Oberschlesien überhaupt eine Eisenindustrie gegründet wurde, geht von Jahr zu Jahr zurück. Sie betrug im Jahre 1909 nur noch 233 268 T., d. h. gegen 1908 weniger 80 377 T., d. h. 11,5 %.

Die Ungunst der vorjährigen Geschäftslage, schreibt die Rationiererg. Stg., kommt nicht nur im dem starken Rückgang der Produktion von Hochofen, sondern auch in einem solchen der Preise hierfür zum Ausdruck. Die Preise für oberschlesisches Hochofeneisen ab Lieferungspreis betrugen pro Tonne im 4. Quartal 1907 70 bis 79 Mark, im Jahre 1908 62 bis 64 Mark, im 2. Quartal 60 bis 62 Mark, im 3. Quartal 59 bis 61 Mark und im 4. Quartal 1909 60 bis 62 Mark. Die Erträge des Jahres 1909 zeigen somit im Vergleich mit denjenigen des 4. Quartals 1907 im Durchschnitt einen Rückgang von rund 20 Prozent.



nur von Deutschland, sondern von ganz Europa mit Bewunderung auf diesen Sieg gegenüber der Weltfirma Krupp hinstellen würde. In dem Artikel des Verbandsorgans wird der „Sieg“ als „Marxstein in der Geschichte des Zentralverbandes der Maschinisten und Feitzer“ gefeiert und wörtlich dann weiter geprahlt:

„Keiner deutschen Organisation war es bis dato möglich gewesen, infolge des Indifferenzismus der Massen, einen Kampf mit den Gewalttätigen der Metallindustrie aufzunehmen. Unserer Organisation sollte die Aufgabe zuteil werden, den ersten größeren Kampf mit den Süßbrotbaronen anzuführen. Diese uns vorbehaltene Aufgabe ist geradezu glänzend ausgeführt worden. Aufgabe der Maschinisten, Feitzer und der übrigen Süßbrotarbeiter ist es, diesen Erfolg gebührend auszunutzen.“

Kollegen, seht hin nach Rheinhafen, nehmt euch ein Beispiel an den dortigen Kollegen und zum Schluß rufe ich euch zu: „Sehet hin und tut desgleichen!“

Otto Mathis, Gauleiter.“

Wie steht es aber mit diesem „glänzenden Sieg“ nun in Wirklichkeit aus? Das mag man aus folgendem Anschlag ersehen, der am Ostermontag, den 27. März, vormittags, also am ersten Tage nach der Arbeitsaufnahme, in allen Betrieben des Werkes zum Aushang kam:

**Bekanntmachung.**

Nachdem die Maschinisten des Werkes gestern die Arbeit zu den gleichen Bedingungen aufgenommen haben, wie sie dieselben niedergelegt hatten, bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß, falls sich solche Streiks in unseren Werken wiederholen sollten, wir von unserem Rechte nach § 19 Abs. 2 u. 3 der Arbeitsordnung Gebrauch machen werden. Wir haben in vorliegendem Falle von einer Bestrafung Abstand genommen, nachdem die Maschinisten erklärt hatten, sie würden sofort die Arbeit aufnehmen.

Rheinhafen-Friedrichshafen, den 27. März 1910.

Friedrich Krupp A.G., Friedrichs-Werkstätte.

Diese Bekanntmachung besagt das gerade Gegenteil von dem, was die Kommission als „Zustandnisse“ berichtet hatte und auf Grund dessen die Arbeit aufgenommen war. Alles war sprachlos vor Erstaunen, am größten war die Verwirrung im sozialdemokratischen Lager, denn die Sozialdemokraten waren die Macher der Bewegung und trugen mithin auch die Verantwortung für diesen sonderbaren „Erfolg“. Am Ostermontag kamen die verblüfften Feitzer und Maschinisten wieder zusammen und ließen sich schließlich von ihren Führern breit schlagen, „vorläufig einmal abzuwarten, wie die nächsten Lohnzahlungen ausfallen würden“. Das Durcheinander unter den sozialdemokratischen „Stiegern“ geht am besten aus folgender in Speerdruck gebrachten Notiz des örtlichen Sozialistenblattes hervor. Die in Duisburg erscheinende „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ schrieb nämlich am Dienstag den 29. März:

**„Der Kampf bei Krupp geht weiter“**

Wie uns heute, Dienstag früh, gemeldet wird, hat die Firma Krupp es doch nicht über sich gewinnen können, nachzugeben. Laut Anschlag sollen die Feitzer und Maschinisten zu den früheren Bedingungen weiterarbeiten.

Da dazu niemand sich bereit zeigt, ist der Kampf wieder aufgenommen.“

Die Maschinisten waren am weiter arbeiten und „abwarten“, das örtliche Parteiorgan aber schrieb: „Der Kampf geht weiter“. Mehr kann man an Kopfschütteln nicht erwarten. — Bezeichnend ist aber, daß das „Feitzer- und Maschinistenorgan“ von dem blamablen Anschlag der Firma Krupp keine Silbe erwähnt, die Sache vielmehr glatt untereschlägt. Und zwar noch 14 Tage nachher, trotz alledem aber von einem „glänzenden Sieg“ zu berichten weiß.

Inzwischen sind zwei Böhrungen gewesen; einige Günstlinge haben etwas mehr bekommen, die große Mehrheit der Maschinisten und Feitzer aber gar nichts. Der örtliche Führer des sozialdem. Feitzer- und Maschinistenverbandes ist bejodert worden — direkt nach der Bewegung war einigen Streikbrechern dieselbe Ehre zu teil geworden — und die Arbeiter haben das nachsehen. Infolgedessen hat sich der Maschinisten und Feitzer eine hochgradige Unzufriedenheit und Erregung bemächtigt, die jeden Augenblick wieder zur Explosion kommen kann.

Wo bleiben nun hier die sozialdemokratischen Sittenswächter, die beim Streik in Rheinhafen wie Derkenter über den Kollegen Engel herfielen, weil er „Zustandnisse“ veröffentlicht habe, die nicht gemacht worden seien? Wo bleibt Herr Karl Wöhler, der Kaiser im Streit, der „Kapitelswächter der Wahrheit“? In Rheinhafen hätte er doch im Interesse der Wahrheit eine ebenso schöne und dankbare Arbeit wie in Rheinhafen! — Wollten wir in diesem Falle mit ähnlichen Waffen kämpfen wie die sozialdemokratischen Hez- und „Agenapostel“ in Baden, — was wir natürlich weit von uns weisen — so müßten wir den sozialdemokratischen Bezirksleiter der Feitzer und Maschinisten „Lügenmathis“, „Schwindsüßer“ und alles mögliche nennen, der zu allem Überflusse auch noch von seiner Zentrale unterstützt, gedeckt und gehalten würde.

Wir müßten kategorisch seine „Stellung“ verlangen, weil er die Arbeiter betrogen, die Dementi-Liste angezwängt und die Arbeiterbewegung kom-

promittiert habe. So verlangen es doch die roten Fezer im Anschluß an die Bewegung in Rheinhafen.

Wenn die Geschichte von Rheinhafen den Christlichen passiert wäre, dann sollte man wieder ein Geschrei im sozialdemokratischen Blätterwald über christliche „Erfolge, Wahrheitsheiden etc.“ hören. Aber jetzt schweigen alle roten Feizen. Denn wenn zwei dasselbe tun, ist es der sozialdemokratischen Agitationsmoral noch lange nicht dasselbe. Diese Heuchler und Pharisäer haben sich bei ihrem schamlosen Selbstzug bezüglich Rheinhafen ein ewiges Denkmal der Schande gesetzt. Diese Schmach soll ihnen noch oft in den Ohren klingen.

**Recht an unserer Jahresabrechnung**

Abt die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 17, allerdings ziemlich vorsichtig und recht kleinlaut. Sie gibt einige Endzahlen wieder und rechnet an den Mitgliederzahlen herum. Zum Schluß heißt es dann:

„Da der „Christliche“ Verband mit seinen übrigen Zahlen keinen „Staat“ machen kann, so muß dafür das Gesamtvermögen herhalten. Wir haben bereits in Nr. 20 vorigen Jahres ausführlich dargelegt, welche Bewandnis es mit der Verwaltung dieses Vermögens hat, ohne besondere Veranlassung brauchen wir unsere frühere Darlegung hier nicht zu wiederholen.“

Daran tut die „Met.-Ztg.“ recht. Denn welche Bewandnis es mit der Ansammlung eines starken Kriegsfonds hat, ist doch ziemlich nebensächlich, vorausgesetzt natürlich, daß die Aufspeicherung der Geldmittel eine reelle und einwandfreie ist, was die „Met.-Ztg.“ aber auch im vorigen Jahr nicht bestritten hat und nicht im Zweifel ziehen konnte, ebenso wenig wie heute. Die Hauptsache ist doch, daß eine Organisation einen starken finanziellen Rückhalt hat, was bei der gegenwärtigen Konstellation zwischen Unternehmern und Arbeitern doppelt notwendig, sogar unerlässlich ist, wenn eine Arbeiterberufsgenossenschaft ihren Aufgaben gerecht werden will. Was nützt es den Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, daß der sozialdem. Verband mit großen Mitgliederzahlen, und hohen Unterstützungssummen „Staat“ machen kann, aber finanziell so jämmerlich fundiert ist, daß er allen größeren Kämpfen ängstlich aus dem Wege gehen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter der Gnade oder Ungnade der Unternehmer überlassen muß.

Unterstützungen können auch andere Klassen auszahlen, die keinen gewerkschaftlichen Charakter tragen, das ist nur ein verkehrstechnisches Rechenexempel. Ein Berufsverband kann damit aber allein keinen „Staat“ machen. Und der deutsche Metallarbeiterverband will doch noch eine Berufsorganisation sein, deren vornehmste und wichtigste Aufgabe die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist. Oder nicht? Mit großen Mitgliederzahlen allein kann diese Aufgabe aber nicht erfüllt werden; zu den Soldaten gehört Munition. Die heutigen Scharfmacher — in erster Linie die in der Metallindustrie — pfeifen auf die 400 000 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, weil sie wissen, daß er finanziell ohnmächtig ist. Eine größere Ausperrung von einigen Tagen und die Massen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sind leer. Einen großen Kampf kann er überhaupt nicht wagen. Um die Lage der deutschen Metallarbeiter würde es ganz anders aussehen, wenn der freie Verband ebenso wie der christliche mit dem Gesamtvermögen „Staat“ machen könnte. Leider kann er es nicht. Daß wir Recht haben, hat die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Ztg.“ Nr. 16 in einem Leitartikel, worin für eine Beitragserhöhung eingetreten wird, mit folgenden Ausführungen bewiesen:

„Hierbei ist nicht überflüssig zu betonen, daß es für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes auf die große Mitgliederzahl allein nicht ankommt. Erfolge werden wir nur erzielen, wenn unsere Organisationen über eine genügende Kraft verfügt und den entsprechenden finanziellen Rückhalt hat. Wollten wir, um mit großen Mitgliederzahlen paradiesen zu können, unsern Beitrag möglichst niedrig ansetzen, dann dürfte sich bald zeigen, daß das eine verkehrte Spekulation war. Die innere Schwäche der Organisation, die durch den niedrigen Beitrag bedingt ist, wäre der Keim für ihren Ruin.“

Dasselbe, was die „Holzarb.-Ztg.“ hier von niedrigen Beiträgen sagt, gilt auch für die Ueber- spannung des Unterstützungsmessens, wie sie leider in den Metallarbeiterorganisationen eingerissen ist. Keine anderen Berufsverbände haben solche hohen Unterstützungssätze, wie die Metallarbeiter. Die Holz- arbeiter z. B. zahlen bei Gewerkschaften — die das meiste Geld verschlingen — zürs die Hälfte weniger. Und trotzdem stehen sie vor der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, wenn sie den gewerkschaftlichen Aufgaben annähernd gerecht werden wollen.

Den verantwortlichen Leitern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes empfehlen wir den betr. Artikel der „Holzarb.-Ztg.“ angelegentlichst zum Studium, ebenso kann die „Met.-Ztg.“ von ihrer Kollegin lernen, womit eine Organisation berechneten „Staat“ machen kann. Daß es ihr an dieser Erkenntnis leider mangelt, beweisen nicht nur ihre vorstehenden Bemerkungen zu unserer Abrechnung, sondern auch ihre Erläuterungen zu der Jahres-

abrechnung des soziald. Verbandes in Nr. 13 der „Met.-Ztg.“, wo es u. a. heißt:

„Die Gesamtsumme für Unterstützungen war also, obwohl die Arbeitslosenunterstützung 162 689,07 Mk. mehr erforderte, um 347 211,36 Mk. geringer als 1908, bevor die Streikunterstützung um 229 218,23 Mk. Das finanzielle Resultat für die Hauptkasse gestaltete sich demnach günstiger als 1908, das Vermögen der Hauptkasse verminderte sich nur (das „nur“ ist mehr wie bezeichnend. D. B.) um 109 342,26 Mk. (von 3 373 297,54 Mk. auf 3 263 955,28 Mk.). Diese Verminderung hat nichts zu bedeuten, da sie in diesem Jahre schon mehr als ausgeglichen worden ist.“

Das Vermögen hat sich also „nur“ um 109 000 Mark vermindert, hat aber „nichts zu bedeuten“, so steht es im Organ des stärksten freien Gewerkschafts. Zu erwähnen ist, daß das verfügbare Barvermögen des deutschen Metallarbeiterverbandes nicht 3 Mill. 373 000 Mark beträgt, sondern kaum 1 900 000 Mark oder pro Mitglied kaum 5 Mark. Also ganze fünf Mark Barvermögen besitzt die größte deutsche Metallarbeiterorganisation pro Kopf und Mitglied; damit ist natürlich kein „Staat“ zu machen, noch weniger ist damit dem Stahlwerkskartell und Metallindustriellenverband zu imponieren; das langt kaum für zwei Tage Streikunterstützung.

Anstatt die Mitglieder darüber hinwegzutäuschen, sollte die „Met.-Ztg.“ den Ernst der Situation ihren Lesern klar machen, damit würde sie sich ein größeres Verdienst erworben haben. Außerdem ist bei der diesjährigen Jahresabrechnung noch besonders zu beachten, daß infolge der Krise wenig Kämpfe geführt wurden, die Streikunterstützung sehr gering war, tatsächlich noch um 229 000 Mark weniger wie 1908. Ferner hat der soziald. Verband im 2. Halbjahr 1909 schon die höhere Karenzzeit von 72 Wochen und die Steigerungsfrist bei Unterstützungen von einem auf 2 Jahre erhöht. Trotz alledem ein Mantel von über 100 000 Mark. Wie wird es mit den Klassenverhältnissen dieses Verbandes aussehen, wenn bei der besseren Konjunktur größere Kämpfe unvermeidlich sind? Eine solche Organisation steht tatsächlich jeden Tag vor dem finanziellen Bankrott, die Defizitwirtschaft hätte „nichts zu bedeuten“. Man weiß wirklich nicht, was man zu einer solchen Taktik und Erziehung der Massen sagen soll. Die Arbeiter der Metallindustrie Deutschlands haben den schwersten Schaden davon. Denn solange die stärkste Metallarbeiterorganisation in ihrer Finanzgebarung solche Wege geht und keine anderen einschlagen will, solange ist der Herr im Hause- Standpunkt der Eisen- und Stahlindustriellen sicher geborgen. Im Interesse der Gesamtmetallarbeiterchaft muß dieser Zustand im deutschen Metallarbeiterverband aufs schärfste beurteilt werden. Deshalb wünschen wir, daß der freie Verband bei späteren Jahresabschlüssen ebenso wie unser christlicher Metallarbeiterverband mit seinem Gesamtvermögen „Staat“ machen könnte.

Das steht aber voraus, daß der soziald. Metallarbeiterverband seine Mitglieder zu Gewerkschaftlern und nicht zu Kassenmenschen erzieht, was bis heute leider geschehen ist. In keinem anderen Beruf ist die Unterstüßungsmannie so eingerissen, wie bei den Metallarbeitern, und dieses verschuldet einzig und allein der mit seinen großen Mitgliederzahlen prunkende soziald. Metallarbeiterverband. Gegen dieses Gebahren sollten sich alle denkenden Metallarbeiter entschieden auflehnen. Zum Kampf führen gehört Geld, das zeigt die jetzige Bauarbeiterausperrung. Organisationen, welche ihre Einnahmen nur für Unterstützungen verpulvern wollen, sind Unterstützungskassen aber keine Gewerkschaften mehr. Dieses mögen auch unsere Mitglieder sich einprägen und sich von soziald. organisierten Schreibern in Werkstätten und Versammlungen nicht ihre machen lassen. Es ist die höchste Zeit, daß die Metallarbeiter Einkehr halten, sonst werden sie zum Gespött der Unternehmerverbände.

**Gewerkschaftliches.**

**Christliche Arbeiterbewegung und Konsumvereine.**

Der Verband Westdeutscher Konsumvereine hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einem bedeutungsvollen Faktor in der konsumgenossenschaftlichen Arbeiterbewegung, ja in der Arbeiterbewegung überhaupt, entwickelt. Sein Geschäftsführer, Herr Schlaad, bespricht in Nr. 7 des „Zentralblattes“ die Bedeutung, die dieser Verband für die ganze christlich-nationale Arbeiterbewegung hat. Er weist auf die enge Verbindung hin, die zwischen dem „Zentralverbande deutscher Konsumvereine“ (Hamburg) und der sozialdemokratischen besteht: eine Allianz zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaften und dem genannten Zentralverbande. Als Beweis ist u. a. angeführt, daß der Redakteur des Organs dieses Verbandes, Herr Müller, seiner Zeit schrieb, daß der Zentralverband gar nicht daran denke, anderen als der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften angeschlossenen Verbänden Vertragsfähigkeit und Verhandlungsfähigkeit zuzusprechen oder mit anderen Berufsorganisationen Tarifyerträge abzuschließen. Der konsumgenossenschaftliche Zentralverband erkennt nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften als verhandlungsfähig an, infolge seiner sozialdemokratischen Tendenz, die in ihm immer mehr in die Erscheinung tritt. In dieser Entwicklung der deutschen Konsumvereinsbewegung, sagt Schlaad, ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die christlich-nationale Arbeiterbewegung aufzufinden.

Die Erkenntnis der Vorteile der Konsumvereine ist auch in die Reihen der christlichen Arbeiter gedrungen. Die immer höher gestiegenen Forderungen für die Lebenshaltung der unteren Bevölkerung drängen dieselbe mit Notwendigkeit dazu, durch Beteiligung an den Konsumvereinen ihr Einkommen lauffähiger zu gestalten. Muß nun die christliche Arbeiterschaft dieses Ziel, die Hebung ihrer Kaufkraft, in einer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung feindlich gestimmten Konsumvereinsbewegung suchen, so liegt es auf der Hand, daß sich dadurch nicht abzusehende schädliche Folgen für die christliche Arbeiterbewegung ergeben.

Hier liegt für die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Bedeutung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. Er ist ein neutralisierter Faktor in der Konsumgenossenschaftsbewegung, der mit Energie erstrebt, daß dieselbe nur ihrem eigentlichen Zwecke dienbar bleibt, nicht aber für Nebenzwecke politischer oder sonstiger Art mißbraucht wird.

Der Grund, weshalb die christliche Arbeiterbewegung den Westf. Verband und seine angeschlossenen Vereine begrüßen und unterstützen soll, ist der, daß erstens ihren Anhängern in demselben die Möglichkeit geboten ist, die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs von Lebensmitteln und Wirtschaftsgütern zu genießen, ohne gezwungen zu sein, da durch gegnerische Tendenzen zu unterstützen. Und weiter auch besonders aus dem liberalen wichtigen Grunde, weil dadurch der Einfluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf die Konsumvereinsbewegung gewaltig gestärkt und erhöht in dem Verbands westdeutscher Konsumvereine einen Bundesgenossen besitzt, der ihr im Kampfe um die Gleichberechtigung beim Abschluß von Tarifverträgen in den Konsumvereinen treu und energisch zur Seite stehen wird.

Wir schließen uns dem Wunsche, mit dem Herr Schlad seinen Artikel ausstellen läßt, voll und ganz an: Mögen die Führer, die Funktionäre und nicht zu allerletzt auch die Mitglieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung dafür sorgen, daß die neutrale Konsumvereinsbewegung unterstützt und gefördert wird. Möge aber besonders in jenen Orten, wo Anhänger der christlichen Arbeiterbewegung Konsumvereine besitzen, dafür gesorgt werden, daß diese Vereine sich dem Verbands westdeutscher Konsumvereine anschließen, im Interesse ihrer eigenen Standesbewegung.

### Erste Worte an die Arbeitervereinsmitglieder

Wichtig der Mühen der Arbeiter Nr. 10 in einem Leitartikel, worin einleitend auf die aufsteigende Konjunktur und das damit verbundene Streben der Arbeiter, ihre Lage zu heben, hingewiesen wird. Die vielen Bewegungen und Streiks in den verschiedensten Gewerben seien als die Vorboten großer und schwerer Kämpfe zu betrachten. Die Scharfmacher in den Arbeitgeberverbänden seien aber innerlich am rüsten, um die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft niederzuhalten, wie der gegenwärtige Kleinstkampf im Baugewerbe wieder deutlich zeige. Wir gingen somit furchtbar ernst und schweren Seiten entgegen. Dann fährt das Verbandsorgan der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands fort:

Der Ernst dieser Situation legt auch den katholischen Arbeitern außerordentliche Pflichten und eine große Verantwortung auf. Sie dürfen hier nicht müßig und tatenlos zusehen, das Kampffeld vielleicht anderen überlassen, sondern sie haben die unabweisbare Pflicht, in dieser bewegten Zeit ihre Berufs- und Standesrechte und nicht minder auch ihre sittlich-ethische Ueberzeugung zu wahren und zu verteidigen. Dies umso mehr, da wir als christliche Arbeiter nicht nur mit den Scharfmachern im Unternehmerlager, sondern auch mit den Gegnern unserer Weltanschauung, mit der Sozialdemokratie, den Kampf zu führen gezwungen sind. Die Sozialdemokratie versucht es systematisch, durch die ihr verhassten und hiesigen „freien“ Gewerkschaften, die christliche Arbeiterschaft an die Wand zu drücken und sie mit der Hungerpeitsche in die rote Zwangsjacke zu pressen. Das wirksamste Mittel dazu scheint ihr in sozialdemokratischen Arbeitsmonopolen zu liegen, die beim Abschluß von Tarifverträgen durchgebrochen werden.

So ist kürzlich im badischen Hainergewerbe bei einem Tarifabschluß wieder ein solches Monopol geschaffen worden, wonach bei den vertragsschließenden Unternehmern nur sozialdemokratisch organisierte Gehilfen und Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Christlich gestimmte Arbeiter dieses Gewerbes sind also gezwungen, entweder dem sozialdemokratischen Verband beizutreten oder aber ihrem erlernten und liebgewordenen Berufsaufstieg zu sagen.

Ein ähnlicher Zwangsvertrag besteht schon im Chemischen Bergengewerbe und würde heute auch im ganzen Buchdruckgewerbe eingeführt sein, wenn die christlichen Gewerkschaften nicht schon so weit erstarkt gewesen wären, diesen geplanten Gewaltstreik zu nichte machen zu können.

In dieser Lage liegt aber auch schon der praktische Einweis, wie die christlichen Arbeiter der großen Gefahr der sozialdemokratischen Monopolbestrebungen, die in allen Berufsgruppen vorhanden sind, wirksam entgegenarbeiten können und müssen: Durch Beitritt und Stärkung der christlichen Berufsorganisationen. Für jeden pflichtbewußten katholischen Arbeiter sollte das nicht nur im Interesse der wirtschaftlichen Selbsthaltung, sondern auch zur Hochhaltung und Verteidigung seiner religiösen und politischen Ideale selbstverständlich sein. Leider stehen aber trotz- und alledem heute noch Tausende unserer katholischen Arbeitervereinsmitglieder zögernd und schwankend außerhalb der gewerkschaftlichen Kampflinie. Sie verkennen den Ernst der Situation, unterschätzen in bedauerlicher Kurzsichtigkeit die ihnen drohenden Gefahren, oder sie vermögen sich noch immer nicht zu dem höchsten Opferwilligkeit emporzuschwingen, das heute schon über zwei Millionen sozialdemokratischer Gewerkschaftler für ihre vermeintlichen Ideale praktisch betätigen.

Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht haltbar, wollen wir nicht unsere ganze Position preisgeben. Es muß bald, sehr bald soweit kommen, daß jedes organisations-

fähige Arbeitervereinsmitglied auch in den christlichen Gewerkschaften seine wirtschaftlichen Pflichten erfüllt. Darum fort mit dem Schwanken und Zögern; jetzt zur praktischen Tat, hinein bis zum letzten Mann in die christlichen Berufsverbände, um dem Scharfmachertum wie der sozialdemokratischen Zwangspolitik überall einen machtvollen Damm entgegenzustellen.

Das sind sehr angebrachte und beherzigenstwerte Mahnungen für alle diejenigen Arbeitervereinsmitglieder, die bis heute den Weg zu ihren gewerkschaftlich organisierten Arbeitsbrüdern und Glaubensgenossen noch nicht gefunden haben. Was der „Arbeiter“ den kath. Kollegen hier ins Gewissen redet, gilt gleichzeitig auch nicht minder für alle gläubig erangelischen Arbeiter, die sich bei der heutigen Konstellation im wirtschaftlichen und geistigen Leben in derselben Lage befinden wie die katholische Arbeiterschaft. Hoffentlich werden diese Mahnrufe in den konfessionellen Arbeiterorganen ihre praktische Wirkung nicht verfehlen.

### Ein gemeinsamer Gewerkschaftskongress

Die Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung war von sozialdemokratischer Seite in Anrechnung gebracht und diesbezügliche Einladungen an die andern Organisationsrichtungen ergangen. Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben eine Beteiligung an dem Kongress abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wird jetzt wieder der Vorwurf dererspaltung gegen die christlichen Organisationen erhoben werden. Das ist man ja gewöhnt, verfehlt deshalb auch seine Wirkung. Der „Buchdruckerkorrespondent“ Nr. 43 vom 18. April orakelt schon, damit hätten die ablehnenden Organisationen „leiber“ aus neue bewiesen, daß sie an Zweck ihrer bisherigenerspaltungstaktik festhalten wollten.“ Davon kann gar keine Rede sein, zunächst schon deshalb nicht, weil die christlichen Gewerkschaften auch bisher für dieerspaltung der Arbeiter nicht verantwortlich gemacht werden können. In vorliegenden Fall kann aber erst recht nicht vonerspaltungsmotiven die Rede sein. Die christlichen Gewerkschaften haben auf ihrem vorjährigen Gewerkschaftskongress in Köln nach eingehenden Beratungen ihre Stellung zur Reichsversicherungsordnung unmissverständlich präzisiert. Diese Stellungnahme ist durch die Umarbeitung des Entwurfs im Bundesrat nicht umgänglich geworden. Ferner haben die der Gesellschaft für Sozialreform angeschlossenen christlichen Organisationen am 12. April zum vorliegenden Entwurf erneut ihre Wünsche durch eine öffentliche Kundgebung zum Ausdruck gebracht. (Siehe den diesbezüglichen Artikel in vor. Nummer.) Sachlich hatten die christlichen Gewerkschaften mit ihrer Bedenken und Forderungen zu der Angelegenheit hinlänglich zum Ausdruck gebracht.

Dazu kamen auch noch prinzipielle Gründe, die eine Ablehnung der sozialdemokratischen Einladung rechtfertigen können. Abgesehen von den üblichen Erfahrungen, die die christlichen Arbeiter bisher stets mit solchen gemeinsamen Kongressen gemacht haben, — erinnert sei nur an die internationalen Kongresse der Textilarbeiter und Bergarbeiter in Zürich bzw. Salzburg — war die von der Generalkommission der freien Gewerkschaften erlassene öffentliche Einladung schon so gehalten, daß die christlichen Gewerkschaften schon aus Gründen der Selbstachtung eine Beteiligung ablehnen mußten. Zu gemeinsamen Kongressen gehört auch eine gemeinsame Vorarbeit und eine gemeinsame öffentliche Einladung. Die Einladung der sozialdemokratischen Generalkommission war jedoch so gehalten, daß der Kongress als unreine Veranstaltung der sozialdemokratischen Richtung erscheinen mußte, was noch durch den Passus erhärtet wurde, daß es in der Einladung wörtlich hieß, auch die anderen Organisationen, christliche und S.-D. Gewerkschaften, sollten zu dem Kongress zugelassen werden. Also gnädigst „zulassen“ wollte man die christlichen Gewerkschaften, für das sich diese dann vielleicht noch bedanken sollten. Die christlichen Organisationen waren es daher halb ihrer Selbstachtung schon aus diesem einen Grunde schuldig, das zugemutete Nachlassen abzulehnen.

Solange die sozialdemokratische Richtung die christlichen Organisationen nicht grundsätzlich anerkennt, solange man insbesondere noch von sozialdemokratischer Seite die christlichen Arbeiter vom Abschluß der Tarifverträge vielfach gewaltsam auszuschließen versucht, solange müssen die Sozialdemokraten auch auf das Verhängnis verzichten, mit den Christlichen gemeinsame Kongresse abzuhalten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung kann die Interessen der Arbeiterschaft wirkungsvoll vertreten, ohne im Schlepptau der Sozialdemokratie zu stehen, wie ihre ganze bisherige Tätigkeit gezeigt hat. Wie reinit sich diese gemeinsame Kongresserei übrigens mit dem „Krautwort“ des Herrn Legien auf dem „freien“ Gewerkschaftskongress 1905 in Köln, wo er mit großem Pathos erklärte: „Solange ich an der Spitze der freien Gewerkschaften stehe, werden die christlichen niemals anerkannt werden.“ Herr Legien, der auch heute noch Vorsitzender der sozialdemokratischen Generalkommission ist, hat sich mit ihm schon gewaltig gemeinert, wenn auch nur der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe. Die weitere Erstarrung der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird das fehlende schon noch zuwege bringen.

### Christliche Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften in Württemberg.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in Nr. 16 unseres Organs eine Auslassung des „Schwäbischen Merkur“ in Stuttgart. Wir bezeichneten das Blatt als führendes Organ der konservativen Partei. Wie uns mitgeteilt wird, trifft dieses nicht zu. Das genannte Blatt ist führendes Organ der National-liberalen Stuttgart, was hiermit richtig gestellt sei.

### Aus dem Unternehmerlager.

#### Der Zentralverband deutscher Industrieller

Hielt am 12. April in Berlin eine Delegiertenversammlung ab, woran Vertreter der Regierung, sowie auch einige Land- und Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben. Generalsekretär Bueck berichtete über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Handels- und Sozialpolitik. Gleich zu Beginn empfahl er die soeben erschienene Broschüre: „Der Schutz der Arbeitswilligen, eine dringende Forderung im Interesse der Arbeitswilligen und Arbeitgeber.“ Es sind das die Neben, die jüngst in Köln auf einer Tagung der Unternehmer von Professor Adolf Weber und Generaldirektor Oscar Rhagen gehalten wurden und die in den Zeitartikeln der beiden letzten Nummern unseres Verbandsorganes des näheren gewürdigt sind.

Regierungsrat Dr. Schweighofe referierte über die dem Reichstag vorliegende Gewerbeordnungsnovelle. Anschließend an seine Ausführungen wurde ein Beschluß gefaßt, wonach das Recht zum Erlaß von Vorschriften über die Regelung der täglichen Arbeitszeit nicht den Polizeibehörden, sondern den Landeszentralbehörden zugewiesen werden soll. Ferner wird Einspruch erhoben gegen den Fortbildungszwang für Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren.

Dann sprach Herr Dr. Dietrich, Syndikus der Handelskammer Plauen, über den Entwurf des Heimarbeitergesetzes. Redner war mit dem Entwurf insoweit einverstanden, als dessen Maßnahmen die Erhaltung der Hausindustrie im Wettbewerb mit ausländischen Märkten nicht gefährden. Als zwingende, allgemeine Vorschrift erkennt er nur die Forderung von Listen an. Ferner erklärt er sich mit den Bestimmungen zur Wahrung der Gesundheit und Sittlichkeit im allgemeinen einverstanden. Jedoch müsse das Verbot gefährlicher oder störenden Arbeiten nicht den Polizeibehörden, sondern dem Bundesrat und der Landeszentralbehörde überlassen bleiben. Energischen Einspruch erhob der Referent gegen die Festsetzung von Mindestlöhnen und bezeichnet sie als eine für den Staat unersetzliche Aufgabe. Das ist der alte Scharfmacherstandpunkt, der jeden Einfluß auf die Lohnfrage, von welcher Seite er auch kommen mag, abweist. Mit der Arbeiterschaft oder deren Organisationen verhandelt man nicht und wenn auf dem Wege der Gesetzgebung in dieser Frage etwas geschehen soll, dann spricht man von unerfüllbaren Aufgaben des Staates.

Man könne allerdings denken, so fuhr der Redner fort, wie dem Zentralabgeordneten Dr. Pieper und dem Professor Franke, dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“, die Anerkennung nicht versagen, daß sie bestrebt seien, für die Heimarbeiterschaft das irgendetwas Mögliche zu erreichen.

In der Diskussion hob der stellvertretende Vorsitzende hervor, daß Tarifverträge im allgemeinen nicht annehmbar seien. Dieselben wurden durch Sucrius aus der Versammlung heraus als „fide Jdee“ bezeichnet. — Wie die Scharfmacher des Zentralverbandes die „fide Jdee“ verhöhlten Tarifverträge praktisch zu bekämpfen suchen, haben sie neuerdings dadurch bewiesen, daß sie den Bauunternehmern in ihrem Kampfe gegen die Tarifvertragsidee so nachdrücklich den Rücken steifen.

Zu dem Stellenvermittlungsgesetz sprach der Syndikus der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände Dr. Lenzler. Redner faßte seine Ausführungen in folgender einstimmig angenommenen Resolution zusammen:

Zu der Einseitigkeit zum Stellenvermittlungsgesetz erkennt der Zentralverband an, daß sich auf dem Gebiete der privaten gewerksmäßigen Stellenvermittlung Mißstände gezeigt haben. Aus diesem Grunde stimmt der Zentralverband dem vorliegenden Gesetzentwurf zu, soweit es sich um die Abstellung solcher Mißstände handelt. So erklärt sich der Zentralverband insbesondere damit einverstanden, daß die Landeszentralbehörden Lager für die Gebühren feststellen können. Der Zentralverband wendet sich aber dagegen, daß die Erlaubnis zur gewerksmäßigen Stellenvermittlung bei Mangel an Bedürfnissen versagt wird. Weiter wendet sich der Zentralverband mit aller Entschiedenheit gegen jede Bevorzugung der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise und gegen die Bestimmung, daß die Landeszentralbehörde über den Betrieb der nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweise weitere Vorschriften erlassen könne.

Die ganze scharfmacherische Tendenz des Zentralverbandes deutscher Industrieller zeigte sich in vollem Maße bei dem folgenden Referate, über den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, das vom Generalsekretär Stumpf (Dsnabrad) erstattet wurde. Unter fortwährendem Beifall der Versammlung bestritt Redner grundsätzlich das Bedürfnis und den sozialpolitischen Nutzen der Arbeitskammern. Letztere bezeichnet er als eine gefährliche Förderung der sozialdemokratischen Organisationen. Redner belämpft die Ausdehnung des Aufgabenkreises der Kammer, deren Wirkungen noch verschlimmert würden, wenn man die Arbeitersekretäre zur Vertretung der Arbeiter in den Kammer zulasse. In der Diskussion meinte der freiionistische Reichstagsabgeordnete n. Dirksen, unsere Sozialpolitik habe ein überfülltes Tempo eingeschlagen und die Einführung des Arbeitskammergesetzes sei ein gefährliches Experiment. Daraus wurde folgende, den Ausführungen des Referenten entsprechende Resolution angenommen:

Der Entwurf des Gesetzes in der neuen Vorlage noch durch Bestimmungen erweitert werden ist, die, wie die Ausdehnung des Aufgabekreises der Kammer auf die Mitwirkung derselben beim Abschluß von Tarifverträgen, die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise und die Befugnis zum selbständigen Erlass von Urteilen über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse, nur geeignet sind, bestehende Gegenstände zu verschärfen oder neue herbeizurufen und somit gefährlichen Grundstoffen für die Störung des sozialen Friedens auszuweichen. Die in dieser Richtung zu beschleunigenden Wirkungen würden noch verschärft, wenn bei Verabschiedung des Gesetzes die Bestimmungen nachgegeben würde, die dahin gehen, die Arbeitervertreter zur Vertretung der Arbeitnehmer in den Kammern zuzulassen, das Wahl- und Wahlbarkeitsalter herabzusetzen, die Betriebsämter der Industrie als Arbeitnehmer in die Kammern einzubeziehen und die Befugnisse der Verhandlungen vorzuschreiben. Der Zentralverband bestreitet wiederholt sowohl das Bedürfnis als auch einen sozialpolitischen Nutzen der beschriebenen Einrichtungen, die nach seiner Überzeugung, wenn sie es überhaupt zu einer Bedeutung bringen, zum Schaden des Vaterlandes sich nur zur gesetzlichen Förderung der sozialdemokratischen Organisationen auswirken werden.

Den Schluß der Tagung bildete die Rede des Direktors Meesmann aus Mainz über die Reichsversicherungsordnung. Redner erklärte im Namen des Zentralverbandes, daß letzterer mit der Einführung der Hinterbliebenenfürsorge einverstanden sei. Nachdrücklich aber protestiert er gegen die „unpraktische“ Zusammenfassung aller Versicherungsgesetze in ein Gesetz von 1754 Paragraphen. Ferner ist er gegen den lokalen Unterebau von mindestens 1000 Versicherungsämtern. Betreffs der Betriebskrankenkassen wurde noch eine Erleichterung für die Entstehung neuer Kassen gewünscht. Unannehmbar seien ferner die Bestimmungen über das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten, die einseitig im Interesse der letzteren abgefaßt waren. Praktische Vorschläge macht der Zentralverband, indem er Ausgestaltung der Schiedsgerichte und Entlastung des Versicherungsamtes durch Ausschließung der Merkmale in nicht gesundheitlichen Fragen fordert.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, was die Industrie unter Sozialreform versteht. Wie sie den geringsten sozialen Fortschritt als überstürztes Tempo betrachten. Namentlich verstehen sie es bei der Regierung und den Parlamenten für ihre reaktionären Bestrebungen Stimmung zu machen. Da darf auch die Arbeiterklasse ihre Hände nicht in den Schoß legen, sondern sie muß bei jeder Gelegenheit der Regierung und den Parlamenten mit aller Deutlichkeit zeigen, daß der Gang der Sozialreform in Deutschland kein überstürztes Tempo ist, sondern in den letzten Jahren fast zum Stillstand gekommen ist und mit allem Nachdruck weiter geführt werden muß. Auf der andern Seite zeigt uns die Berliner Unternehmertagung wieder, daß wir als Arbeiter unsere Organisation stärken müssen, um nach oben hin mit nur so größerer Macht den arbeiterschädigenden Bestrebungen der Unternehmer entgegen treten zu können.

Für eine internationale Verbindung der Unternehmer sind vor einigen Wochen, anlässlich der Generalversammlung der deutschen Bauunternehmer in Dresden, die ersten Ideen geäußert worden. Anlässlich dieser Generalversammlung fand eine Besprechung der deutschen Bauunternehmer mit mehreren Vertretern von ausländischen Unternehmern statt, woran u. a. auch der Vorsitzende des schwedischen Arbeitgebervereins, Herr v. Sydow, teilnahm. Dieser plaudert nun in dem „Stockholmer Tageblatt“ den Inhalt dieser internationalen Konferenz aus. Er schreibt:

„Nach der großen Generalversammlung (der Bauunternehmer) fand am folgenden Tage eine kleine Zusammenkunft der Vorstände der verschiedenen Arbeitgebervereine und der fremden Vertreter statt. Dabei wurden die Folgen eines eventuellen Streiks in Deutschland für die anderen Länder diskutiert. Wie in dieser Hinsicht gefaßte Beschlüsse sollen jedoch nicht veröffentlicht werden. Schließlich vereinbarte man eine neue Konferenz, die Ende Mai in Gothenburg stattfinden soll. Diese hat ihren Grund in einem ganz natürlichen Wunsch der Arbeitgeber, bei kollektiven Vereinbarungen gleiche Bestimmungen in allen Ländern zu schaffen, in denen Arbeiterorganisationen vorhanden sind und die Verhältnisse einigermaßen gleichgeartet sind. Diese Fragen sollen in Gothenburg zur Verhandlung gelangen.“

Die Bestrebungen der Unternehmer, durch Vertragsabschlüsse die Arbeiter zur Preisgabe ihrer Arbeiter- und gewerkschaftlichen Rechte zu zwingen, wie es jetzt von den deutschen Bauunternehmern versucht wird, sollen über die Grenzen hinaus ausgedehnt werden. Diese internationale Koalition der Unternehmer hat keinen anderen Zweck, als durch Unterstützung der einzelnen Landesverbände untereinander die Lage des Arbeiterstandes zu verschlechtern. Wie weit dieser laubere Plan gehen wird, hängt von der Stärke der Arbeiterorganisationen ab und von der Solidarität, die die Organisationen aller Länder untereinander üben und pflegen. Diese internationale Unternehmerkoalition ist ein neuer Aufruf für den Ausbau und die Befestigung der internationalen Verbindungen der Arbeiter.

**Streiks und Kassenangelegenheiten.**

**Dortmund-Essen.** Als Folge des nun seit drei Wochen andauernden Streiks der Former bei der Firma Rothhoff u. Klume haben die Arbeitgeber beschloffen, die sämtlichen Arbeiter der Eisengießereien auszusperren. Es sind dies die Firmen „Luisenhütte“, „Eisner Hütte“, „Eismann Eisengießerei“, sowie die Hütte „Westfalen“ in Bielefeld. Die Kündigung läuft am 3. Mai ab. Von dieser Maßnahme des Arbeitgeberverbandes werden circa 700 Arbeiter betroffen. Das Vorgehen der Unternehmer richtet sich hauptsächlich gegen den christlichen Metallarbeiterverband, der in Essen-Bielefeld über 800 Mitglieder hat, während die übrigen Organisationen zusammen nur mit höchstens 20 Mitgliedern beteiligt sind. Der schroff ablehnende Standpunkt der Unternehmer, insbesondere der Firma Rothhoff u. Klume, wird seitens der gesamten Bevölkerung, mit Ausnahme der Scharfmacher auf das schärfste verurteilt.

Eine große Anzahl der Arbeiter sind bereits mehrere Jahrzehnte in den Betrieben beschäftigt, jetzt hat man allen gekündigt, selbst solchen, die schon 50 und 60 Jahre bei einer Firma in Arbeit stehen, ob organisiert oder unorganisiert. Dies kann den unorganisierten Arbeitern allerorts zur Lehre dienen. Das Unternehmerum selbst zuzettelt an der Aussperrungswut. Jeder noch so kleine und noch so berechtigte aussergesetzliche Streik wird sofort mit der Aussperrung Hunderte Arbeiter beantwortet. Arbeiter, die mit dem Kampf gar nichts zu tun haben, fliegen auf die Straße. Glückselig dann derjenige, der sich in seiner Organisation einen Rückhalt verschafft hat, wehe aber demjenigen, der die Felle nicht verstanden, er hat seine Beiträge für die Unternehmer gespart. Darum ihr unorganisierten Metallarbeiter! Einmütig in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Wagen i. B.** Der von Seiten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes initiierte Formerstreik bei der Firma Viderhoff in Gwelsberg scheint größere Ausdehnung zu nehmen. Die Tagespresse bringt nämlich folgende Bekanntmachung:

Nachdem die Arbeiter der Firma Heinz Viderhoff in Gwelsberg bis heute von ihren hässlichen Forderungen nicht abgesehen haben, sehen wir uns genötigt, die Firma von Montag durch Übernahme ihrer Arbeit seitens der Werkstattdirekte zu unterstellen. Wir hoffen, daß weitere Maßnahmen erspart bleiben.  
Wagen i. B., den 16. April 1910.

**Arbeitgeber-Verein für die Kreise Groppe-Schöps.**  
Der Bekanntmachung entsprechend hat man die Streikarbeit auf die verschiedensten Werte verlegt. Allem Anschein nach will der Arbeitgeberverein auf diese Art die Arbeiter provozieren und eine Aussperrung (wie 1906) vornehmen. Bei der Firma Kestrop-Gewelsberg haben bereits 80 Former die Arbeit übergeben. Desgleichen beabsichtigen die Arbeiter anderer Werke, wie Boeker-Boormann-Wagen, Gebr. Dirken, Eiserei Wülper in Gwelsberg, die Unterfertigung der Streikarbeit zu verweigern. Die Former und Eisereiarbeiter werden hoffentlich nunmehr zur Besinnung kommen, denn noch stehen Hunderte außerhalb der Organisation. Das Vorgehen des Arbeitgebervereins muß mit dem Eintritt in den Verband beantwortet werden.

**Falkau im bad. Schwarzwald.** Vor einer sehr gut besuchten Versammlung am Sonntag den 17. April sprach Kollege Kuhn aus Pforzheim über die Verhältnisse in der Draht- und Schraubenfabrik Falkau und die Forderungen der Arbeiter. Einleitend schilderte er in knappen Ausführungen die Lage der Arbeiter zu der Zeit, wo das Handwerk noch in der Blüte stand, im Gegensatz zu den jetzigen Verhältnissen der Großindustrie. Durch Einführung der Gewerbefreiheit sei die Arbeiterschaft ins Hintertreffen geraten. Zum großen Teil hätte sich das enge Band, das Handwerksmeister und Handwerksgehilfen umschloß, gelockert. Kalt berechnend blühten leider viele Unternehmer von oben herunter, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiterschaft so viel verdient, um ihre Familien anständig ernähren und Heiden zu können.

Hier ging der Redner des Näheren auf die Verhältnisse der Draht- und Schraubenfabrik Falkau ein. Schon lange hätten die Falkauer Arbeiter das Bedürfnis gehabt, ihre Lohnverhältnisse etwas zu heben. Sie hätten sich deshalb schon vor längerer Zeit dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, um einen Rückhalt zu haben im Kampfe um bessere Existenzbedingungen. Wie recht sie daran getan haben, zeige der jetzige Kampf.

Zahlenmäßig wies der Redner nach, daß die Firma sehr hohe Gewinne einheimste in den letzten Jahren. Daß es ganz unverständlich sei, wenn man sich da noch weigere, den Arbeitern die geringe Forderung von 3 Pfg. Lohnsteigerung pro Stunde zu bewilligen. Der Verband und die Arbeiterschaft hätten das Möglichste getan, um auf gutlichem Wege zu ihrem Ziel zu gelangen. Wenn man jetzt gezwungen sei, etwas härtere Töne anzuschlagen, so sei die Schuld nur bei der Firma zu suchen. Wenn sich die Firma auf den Standpunkt stelle: Wir könnten die Lohnsteigerung wohl bewilligen, aber wir wollen nicht, so bleibe der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als den Kampf aufzunehmen. Daß sie auch gewillt ist, denselben durchzuführen, habe das Verhalten derselben in der letzten Zeit gezeigt. 16 Mann stehen schon im Streik und 60 würden am 1. Mai die Arbeit niederlegen, wenn sich die Firma nicht bis dahin bereits erklären würde, sich mit den Arbeitern zu verständigen.

In der Diskussion sprach noch Kollege Böhrenbach. In einbringlichen Worten schilderte er die zum Teil sehr traurigen Zustände in dem Betriebe. Durch über die Behandlung der Arbeiter von Seiten der Betriebsleitung und Werkführer wurde manche Klage laut. Herr Pfarrer Stiehl sprach sein Bedauern darüber aus, daß es durch das ablehnende Verhalten der Firma nicht möglich war, die Sache auf friedlichem Wege zu regeln. Zumal ja die Firma so fundiert sei, daß es ihr sehr wohl möglich wäre, die geringe Forderung zu bewilligen. Der stürmische Beifall der Versammelten, der jedem Redner gezollt wurde, zeigte, wie sehr die Sympathie

der Bevölkerung auf Seiten der Arbeiter steht. Das kam auch zum Ausdruck, indem folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die heute in der „Krone“ in Falkau tagende, stark besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Firma Draht- und Schraubenfabrik Falkau, durch das eine Einigung auf friedlichem Wege ausgeschlossen wurde. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es den Herren sehr wohl möglich wäre, die gerechtfertigte, mehrfache Forderung der Arbeiter zu erfüllen und verspricht deshalb, die Arbeiter in dem ihnen aufgezwungenen Kampf zu unterstützen.“

**Quisburg-Wanheim.** Der Streik auf der Metallhütte in Wanheim wurde durch Vermittlung des Herrn Gewerbeinspektors unter günstigen Bedingungen beendet. Nur durch die Leitung der Bewegung, durch den christlichen Metallarbeiterverband, war es möglich, diesen günstigen Abschluß zu erzielen. Hoffentlich werden die Kollegen die richtige Lehre aus diesem Streik ziehen.

**Düsseldorf.** Die Kernmacher der Firma Essig u. Co. in Melcholz forderten eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde. Man versprach, die Angelegenheit in wohlwollender Weise zu prüfen. Jetzt erklärt der Meister, es könne überhaupt keine Erhöhung der Löhne eintreten. Daher ist über den Betrieb die Sperre für Kernmacher verhängt worden.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Möhen (Westf.).** Bei der Blechwarenfabrik Bünemann-Schulte u. Co. sind wegen Akkordabzügen Differenzen ausgebrochen.

**Düsseldorf.** Über die Formerei des Eingewertis Kleger in Oberkassel ist die Sperre verhängt.

**Wöhrum.** In der Stahlformerei der „Wohlfälligen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen.

**Falkau (Waden).** In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik resp. in Kündigung.

**Saundern bei Ursberg i. B.** Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

**Dortmund-Essen.** Auf der Luisenhütte (Firma Rothhoff u. Klume) stehen die Former im Streik. Sämtliche in den Eisengießereien beschäftigten Metallarbeiter sollen ausgesperrt werden.

**Münsterberg.** In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spaeth, Dudenfeld, in der Drahtstiftfabrik Lechner u. Seigel sowie bei Stadelmann u. Comp. stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

**Bekanntmachung.**  
Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 1. Mai 1910 der achtzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 8. Mai fällig.

Die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Abrechnung vom 1. Quartal bis spätestens den 30. April eingeleitet sein muß. Diejenigen Gruppen, welche bis dahin nicht abgerechnet haben, werden im Verbandsorgan veröffentlicht. Die Bezirksleiter mögen jetzt schon die Gruppen zur Abrechnung veranlassen, welche bis jetzt regelmäßig dieselbe zu spät eingeleitet haben.

**Zur Arbeitslosenstatistik.** Vom Reichlichen Statistischen Amt ist der 30. April als erster Stichtag für das 2. Vierteljahr 1910 betreffend Zählung der Arbeitslosen festgesetzt worden. Die Ortsgruppenvorstände seien hiermit noch besonders darauf hingewiesen.

Die Ortsgruppe Melken erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 5 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Aus dem Verhandlungsgebiet.**

**Zur Generalversammlung.**  
Aus verschiedenen Verbandsgebieten wird berichtet, daß die Ortsgruppen und Bezirksstellen zwecks Besprechung der Delegiertenwahl Konferenzen arrangieren, die wegen der weiten Entfernungen mit großen Kosten verbunden sind. Das ist durchaus unnötig, kann hier und da, wo die Gruppen außerordentlich weit entfernt liegen, geradezu als kostspieliger Unfug bezeichnet werden. Eine Verständigung über die Kandidatenfrage ist gewiß angebracht und notwendig, aber wo die Gruppen nicht dicht zusammen liegen, muß

Glaube nicht alles, was du hörst;  
Siehe nicht alles, was du siehst;  
Rebe nicht alles, was du weinst.



erkundigten unter denen der ganze Verband übertraten könnte, habe ich diese bekannt gegeben. Dazu gehörten außer dem in dem hiermit berücksichtigten Mittel unterteilt noch weiter: Ein Ausbau der inneren Einrichtung des Verbandes auf gewerkschaftlicher Grundlage. Von einer Förderung der selben kann also nicht die Rede sein.

Ebenso unwahr ist, daß ich für einen an Mitglieder schwind leidenden Verband arbeite um das Sekretariat zu halten. Unsere Mitgliederzahl im Saarrevier ist in stetem Steigen und der Fortbestand des Sekretariats von dem Anschluß oder Nichtanschluß der Grubenhandwerker unabhängig. Die Motive unserer Arbeit sind selbstverständlich die Arbeiter zu organisieren um Verbesserungen und Vorteile für sie zu schaffen.

Wir haben dieser angeblichen Verleumdung Raum gegeben, obwohl wir gar nicht dazu verpflichtet sind, da sie den prestigefälligen Anforderungen in keiner Weise entspricht. Wenn Herr Eden bestreitet, Schmuckkonfurrenz betreiben zu haben, so ist das vielleicht seine persönliche Anschauung, während andere Leute eben auf Grund seiner Äußerungen, während andere Leute eben auf Grund seiner Äußerungen, während andere Leute eben auf Grund seiner Äußerungen...

Nicht minder gewagt und hrollig ist die Behauptung, das Herr Eden, er arbeite „nicht für einen an Mitglieder schwind leidenden Verband“. Warum besetzt er diese Position, wenn nicht um den in der Praxis nachweisbaren Schaden zu vermeiden, so ist das vielleicht seine persönliche Anschauung, während andere Leute eben auf Grund seiner Äußerungen, während andere Leute eben auf Grund seiner Äußerungen...

Schramberg. Im Bericht über die Schramberger Gewerbeberichtsverwaltung ist die Stimmmzahl der christlichen Gewerkschaften zu niedrig angegeben. Es muß heißen: Auf die Vorschlagsliste der christl. Gewerkschaften entfielen 395 gegen 378 Stimmen bei der letzten Wahl, nicht 375 gegen 378. — Nichtsdestoweniger ist das Wahlergebnis für die christliche Arbeiterchaft Schrambergs ein ungenügendes und muß zu einer gründlichen Gewissenserforschung veranlassen.

Schweizer. (Druckfehlerberichtigung.) In der Sonderausgabe des Schweizer in der vorigen Nummer (Seite 125, zweite Spalte) muß es in dem Zitat aus der „Metallarbeiter-Zeitung“ heißen: „Familienväter mit noch schulpflichtigen Kindern“, nicht Eltern, was die Leser auch sofort erkennen konnten.

**Literarisches.**

Wissen ist Macht. Unsere Verbandskollegen auf die Bedeutung dieses Wortes immer wieder hinzuweisen, muß unsere vornehmste Pflicht sein. Gelegenheit zur Aneignung von Belehrung und Wissen bietet in hervorragender Weise unsere gewerkschaftliche Literatur, deren weiteste Verbreitung und angelegentliches Studium wir nur auf das lebhafteste befürworten können. Ueber das, was wir als das Wichtigste auf diesem Gebiet empfehlen, soll nachstehende Zusammenstellung unterrichten.

Es darf wohl ohne Weiteres als selbstverständlich angesehen werden, daß jeder Verbandskollege auch unsere Verbandsliteratur besitzt und liest. Sollte das noch nicht der Fall sein, dann schaffe er sich sofort die nachstehenden Broschüren an:

- Protokoll zur Nachener Generalversammlung. 30 Pfg.
- Geschäftsbericht zur Münchener Generalversammlung 30 Pfennig.
- Protokoll zur Münchener Generalversammlung. 30 Pfg.
- Die Kruppische Pensionskasse vor Gericht. 30 Pfg.
- Wieber: „Der Arbeiterjahrgang in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie.“ Vorzugspreis für unsere Kollegen 1,50 M., sonst 2,50 M.
- Der Kampf in Rheinpfalz. Preis 20 Pfg.
- Die Differenzen mit der bad. Gewerbeinspektion. 10 Pfg.
- Der Gewerkschaftler. „Der sittliche Wert der gewerkschaftl. Arbeit.“ 5 Pfg.
- Unter allen Umständen wichtig und notwendig ist es, sich über die grundlegenden Fragen unserer Bewegung gründlich und allseitig zu unterrichten. Wer ein vollwertiger Gewerkschaftler sein will, der wird es nicht verabsäumen, sich recht eifrig in diese Literatur zu vertiefen, die nachstehend genannt sei:
- Die christl. Gewerkschaften. Arbeiterbibliothek, Heft 2, 40 Pfg.
- Westert: „Die christl. Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft, im öffentl. Leben.“ 15 Pfg.
- Abblad: „Aufgaben und Forderungen der christl. Gewerkschaften im öffentl. und sozialen Leben.“ 5 Pfg.
- Protokoll des Breslauer Kongress der christl. Gewerkschaften. 30 Pfg.
- Protokoll des Wiener Kongress der christl. Gewerkschaften. 40 Pfg.
- Protokoll des Frankfurter Arbeiterkongress. 30 Pfg.
- Protokoll des Berliner Arbeiterkongress. 30 Pfg.
- Protokoll der internationalen Konferenz christl. Gewerkschaften in Zürich. 25 Pfg.
- Aufgaben der christl. Gewerkschaften 1908. 75 Pfg.
- Arbeiterjahrbuch 1908—10. 50 Pfg.
- Aber auch die gegnerischen Organisationen, sowohl auf Arbeiter- wie auf Arbeitgeberseite muß man kennen lernen, ebenso das gesamte Wirtschaftsleben in seinen Grundzügen erfassen. Wer Rede und Antwort sehen will im Kampfe mit den Gegnern aller Richtungen, der werde sich mit gutem, hies- und fischerstem Material, das ihm

sieghafte Waffen in die Hand brückt und keinesfalls im Stich läßt. Dazu seien ihm besonders empfohlen:

- Die freien und Nicht-Dundertischen Gewerkschaften. Arb.-Bibl. Heft 1, 40 Pfg.
- Kann ein evang. Arbeiter den S.-D. Gewerksvereinen angeschlossen? 30 Pfg.
- Die Gelben 20 Pfg.
- Gelbe Gewerkschaften und bayerl. Arbeitervereine. 15 Pfg.
- „Erlebe im Gewerkschaftsstreit?“ (Westert.) 20 Pfg.
- Die englischen Gewerkschaften. Arb.-Bibl. Heft 6, 15 Pfg.
- Die Entwicklung der Volkswirtschaft. Arb.-Bibl. Heft 8, 20 Pfg.
- „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage.“ 10 Pfg.
- Wirtschaftskrisen. 20 Pfg.
- Die Kartellierung der Großindustrie. (Prof. Wagner.) 10 Pfg.
- Das Kooperationsrecht der deutschen Arbeiter. Arb.-Bibl. Heft 7, 15 Pfg.
- Die Arbeitgeberverbände. Arb.-Bibl. Heft 11, 20 Pfg.
- Aus der Geheimpraxis eines Unternehmensverwaltes. 20 Pfg.
- Tarifverträge. Arb.-Bibl. Heft 9, 15 Pfg.
- „Das „Wissen“ wird erst dann zur Macht, wenn es praktisch verwertet wird. Das ist keineswegs der Zweck unserer gewerkschaftlichen Literatur, daß sie die Köpfe möglichst vollstopft, sondern vielmehr, daß sie die Kollegen zu tatkräftiger Mitarbeit auf allen Gebieten des sozialen Lebens anregt und schult: soll. Für jeden vorwärtsstrebenden Kollegen, der sich auch rednerisch und schriftlich betätigen will, dem seien als gute Hilfsmittel genannt:
- Wie hält man Vorträge? Arb.-Bibl. Heft 5, 16 Pfg.
- Gastgeber: Arbeiter und Presse. 50 Pfg.
- Den Ortsverwaltungen sei wiederholt der Ausban der Bibliotheken dringend aus Herz gelegt, da die dort vorhandenen Bücher und Broschüren von allen Kollegen gelesen werden können. Es ist dort auch möglich, solche Werte anzuschaffen, welche des höheren Preises wegen nicht von jedem Kollegen gekauft werden können. Wir weisen hin auf:
- „Die christl. Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.“ (Dr. Otto Müller.) 3,00 Mark.
- Gastgeber: „Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland.“ 3,00 Mark.
- „Der Arbeiterjahrgang“ von Karl Boellath. 1,00 Mark.
- „Die gewerkschaftliche Arbeiterfrage“ von Prof. Werner Sombart. 0,80 Mark.
- Gastgeber: „Die gelben Gewerkschaften.“ 3,00 Mark.
- „Pörschowitz als Sozialpolitiker“. Zum Vorzugspreis von 2 M. statt 4 M.

Alle angeführten Schriften sind am besten direkt durch die Zentrale, Duisburg, Seitenstraße 19, zu beziehen. Alle übrigen Werke gleichviel welchen Inhalts, sind durch den Christl. Gewerkschaftsverlag Köln, Palmstr. 14, erhältlich.

**Briefkasten.**

Für die drei folgenden Nummern muß wegen der Feiertage — Christi-Himmelfahrt, Pfingstmontag und Fronleichnam — jedesmal einen Tag früher, und zwar Samstag abends, Redaktionschluss gemacht werden. Kleinere Notizen, wie Versammlungsanzeigen und Sperrmitteilungen können noch bis Montag mittag Aufnahme finden.

**Sterbetafel.**

Billigen. Am 4. April 1910 starb unser Kollege Richard Wörle im Alter von 36 Jahren an Lungen- und Kehlkopftuberkulose. — Am 17. April starb unsere Kollegin Franziska Schayer im Alter von 59 Jahren an Altersschwäche.

Machen. Am 16. April starb unser langjähriger und treuer Kollege Adolf Wipperfurth an Lungenentzündung im Alter von 42 Jahren. Ihre ihrem Andenken!

**Versammlungs-Kalender.**

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne willigen Grund keine Versammlung!
- Bochum 1. Samstag, 30. April 8 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.
- Duisburg. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Arbeiterheim. Wahl der Delegierten für die Verbands-Generalversammlung in der Zeit von 11 bis 2 Uhr.
- Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Duisburg-Laar. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 1/2 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Jansen. Wahl der Delegierten für die Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Beek. Sonntag, den 8. Mai, von 12—2 Uhr bei Müllers Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Weiderich. Sonntag, den 8. Mai, von 11 bis 2 Uhr bei Pasterkamp Wahl der Delegierten für die Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Wanheim. Sonntag, 8. Mai, abends 1/2 8 Uhr bei Reins Mitgliederversammlung. Wahl der Delegierten für die Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Wanheim. Sonntag, d. 8. Mai bei Reins von 11—2 Uhr Wahl d. Delegierten f. d. Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Merdingen. Sonntag, d. 8. Mai, morgens 11 Uhr bei Schmit (Zum Parlament) Mitgliederversammlung mit Vortrag. Wahl der Delegierten f. d. Verbands-Generalversammlung.
- Duisburg-Samborn. Sonntag, 8. Mai bei Janiguten Wahl der Delegierten für die Verbands-Generalversammlung.
- Düsseldorf. Sonntag, den 1. Mai, vorm. 11 Uhr im Lokale des Herrn Duxling, Ede Münster- und Barbarastr. Bezirks-Versammlung für Derendorf. Referent: Kollege Seupke.

- Düsseldorf. (Klempner und Metallarbeiter.) Freitag, den 6. Mai, abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale des Herrn Reuter, Ost- und Klosterstr. Ecke.
- Durlach. Sonntag, den 8. Mai, nachm. 1/2 4 Uhr Versammlung im neuen Lokal „Hotel zum Bahnhof“, Hauptstraße. Vollständiges Geseheinen unbedingt notwendig. Unorganisierte Kollegen und Kolleginnen mitbringen. Ein auswärtiger Redner wird sprechen.
- Essen-Autrop. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Staltrip, Steelerstraße.
- Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Buchner, Hobeisenstr.
- Essen-Nord-Ost. Sonntag, den 1. Mai, morgens 1/2 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zum Eisfeller“.
- Essen-Alteneffen. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Körner, Segerothstraße.
- Essen-Vorbeck-Schönebeck. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Mühlhoff, Germania-Platz Vorbeck.
- Eisenach. Samstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr in der Elendha.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 1. Mai, vorm. 11 Uhr bei Ewerh.
- Gelsenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr bei Nachbarschule.
- Großene. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr bei Sobel.
- Hagen 1. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr bei Welten.
- Hagen-Altendagen. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr bei Steinhaus.
- Hagen-Wehringhausen. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr bei Simon.
- Hagen-Saake. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr bei Hühnborn.
- Hagen-Glype. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr bei Keller.
- Hagen-Boele. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr bei Schürmann.
- Hagen-Verdecke. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr im Vereinslokal.
- Hagen-Wetter. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Hagen-Hohenlimburg. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr in der Stadtbrauerei.
- Hannover. Sonnabend, den 30. April Versammlung im Arbeiterverein. Referent: Kollege Dierhoffel.
- Hersfeld. Sonntag, den 8. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Hennebel. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht. Die Wahl der Delegierten zur General-Versammlung findet im Anschluß an die Versammlung von 12—12 1/2 Uhr statt.
- Karlsruhe. Sonntag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Restaurant Seithel, Kaiserallee 27.
- Königsfeld. Sonntag, den 1. Mai, nachm. 3 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wilhelm Bogt in Wengern. Unorganisierte mitbringen.
- Ketmathe. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr bei Kleper.
- Kildenscheid. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr bei Jaspert.
- Ludwigshafen. Sonntag, den 30. April, abends 9 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung im Gelsenheim. Die Mitgliederversammlung fällt an diesem Tage aus.
- München. Sonntag, den 8. Mai, morgens 10—12 Uhr Delegiertenwahl. Wahllokale sind für den inneren Stadtbezirk: Viktoriaer Garten Schillerstr. 16; für den Bezirk rechts der Isar: St. Josefhaus, Hochstr. 28; für den Bezirk Schwabing: Restaurat Gölber, Anaererstraße; für den Bezirk Neugausen: Restaurant „Deutsche Eiche“, Blutenburgstr.
- Menden i. Westf. (Sektion Holzen). Sonntag, den 1. Mai, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Kaltschaff.
- Menden (Ortsverwaltung). Donnerstag, den 6. Mai (Christi-Himmelfahrt), abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.
- M. Vroick. Sonntag, den 22. Mai, nachm. 6 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Bühle, früher Bleitenberg.
- M. Schwum. Sonntag, den 22. Mai, morgens 10 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Union. Unorganisierte mitbringen.
- Nürnberg. Dienstag, den 3. Mai, abends 1/2 9 Uhr im Lokal (Feldstraße 26) außerordentliche Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung. Samstag, den 7. Mai, abends 1/2 9 Uhr im gleichen Lokal außerordentlich Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung. Beteiligung Ehrenkarte.
- Ortsverwaltung Oberhausen-Mülheim-Sterkrade. Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 1/2 4 Uhr Quartals-Generalversammlung im Lokale Kemmerling, Ede König- und Duppelstr. in Oberhausen. Tagesordnung: Protokoll, Quartals-u. Kassenbericht, Besprechung event. Anträge zur Verbands-Generalversammlung, Vortrag und Verschiedenes.
- Renscheid. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr bei Fritz Homann.
- Stettin. Kranke und arbeitslose Kollegen haben sich zu melden bei Kollege Krupp, Gustav-Abolte. 12, Seitenhaus 11. Erwerbslosenunterstützung zahlt Kollege Vorkardt, Wredon, Torstraße 1 Sonnabends von 7—9 Uhr abends und Sonntag vorm. von 10—12 Uhr.
- Siegen-Ortsverwaltung. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Sandstraße 88 (Telefon 1012). Dasselbe findet jeden Freitag Abend die Zeitungsausgabe statt, gleichzeitig die Auszahlung der Unterstützungen.
- Solingen. Samstag, den 7. Mai abends 9 Uhr bei Borchhoff.
- Sundern. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr im Gasthof Kunte.
- Schwäbisch-Gmünd. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr im „Wengen Döhen“ (oberes Lokal) Mitglieder-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Fernstehende Kollegen einladen und mitbringen.
- Thale a. Harz. Sonntag, den 1. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im „Frauen Tisch“. Referent Kollege Rohmann, Quedlinburg.
- Wald. Sonntag, den 8. Mai, morgens 11 Uhr im „Deutschen Haus“.
- Wallau. Samstag, den 30. April, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Feint. Dettel. Vortrag des Kollegen Bierly.